



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDS.
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 21
8. Jahrgang

2. November 1940

HITLERS KRIEGSZIEL:Ausbeutung Europas und neuer Krieg um die Weltherrschaft

(ITF) Die erste offizielle Erklärung über das Kriegsziel der Nazi-diktatur liegt vor.

Hitlers Wirtschaftsminister Walter Funk hat den Auftrag erhalten, einen "Plan für die Organisierung der deutschen und europäischen Wirtschaft" nach einem etwaigen deutschen Sieg vorzubereiten und Berlin glaubt sich schon heute stark genug, die Grundzüge dieser nazistischen europäischen Ordnung bekanntzugeben. Brutal erklärt Berlin: ganz Europa soll gezwungen werden, für das nazi-beherrschte Reich und die Nazi-Kriegsmaschine zu arbeiten.

"Die von mir in einer zusammenfassenden Planung vorbereitete Friedenswirtschaft", erklärte Hitlers Minister, "muss dem Grossdeutschen Reich (!) ein Maximum an wirtschaftlicher Sicherheit garantieren und dem d e u t s c h e n Volke ein Maximum an Güterverbrauch zur Erhöhung der Volkswohlfahrt. Auf dieses Ziel ist die e u r o p ä i s c h e Wirtschaft auszurichten".

Wenn die Kriegsmacht der totalen imperialistischen Ausbeutung nicht zerschlagen wird, wird Berlin die Ausplünderung des europäischen Kontinents organisieren!

In einem im Todesschatten des Hakenkreuzes dahindämmernden Europa gäbe es keinen Unterschied zwischen unterworfenen und der Form nach "unabhängigen" Staaten, a l l e Staaten müssten sich dem nazistischen Ausbeutungs-System einfügen. Die Wirtschaft g a n z Europas würde dem von der Nazi-Diktatur beherrschten Deutschen Reich dienstbar gemacht werden. Der Plan des nazistischen "gesamteuropäischen Wirtschaftsaufbaus" verlangt, dass "durch den Abschluss von langfristigen Wirtschaftsabkommen mit den europäischen Staaten erreicht werden soll, dass die europäischen Volkswirtschaften sich in ihren Produktionsplanungen langfristig auf den deutschen Markt einstellen". Berlin entschied dann, welche Industrien ausserhalb Deutschlands weiter existieren dürften, in welchen Ländern ein Teil der Industriearbeiter im Rahmen der von Berlin diktierten "vernünftigen wirtschaftlichen Arbeitsteilung in Europa" weiter arbeiten dürfte, Berlin entschied, welcher Teil der Arbeiterschaft als Zwangsarbeiter nach Deutschland gehen müsste. Ausschliessliche Richtlinie dieses europäischen Produktionsplans wäre das Interesse des nazi-beherrschten Reiches.

300 Millionen Arbeiter und Bauern hätten dann für ihre Zwingherren zu fronen. Aber dem ausgebeuteten Europa brächte auch die Unterwerfung unter das Nazijoch keinen Frieden. Die Völker, die die Waffen vor der Nazidiktatur streckten, vor der Uebermacht oder weil sie die Last des Hakenkreuzes dem Schrecken des Krieges vorzogen, sollen gezwungen werden, im nächsten Krieg der Nazis als Hilfsvölker zu arbeiten und zu verbluten, im Krieg des nazi-beherrschten europäischen Kontinents um die Weltherrschaft. Denn ein von der Kriegsmacht der totalen imperialistischen Ausbeutung wirtschaftlich und militärisch beherrschtes Europa soll, wie Hitlers Minister im Siegesrausch nach der Kapitulation Frankreichs ausplauderte, der Nazi-Diktatur die Möglichkeit zum Kontinentalkrieg um Südamerika und Asien geben.

Mit einem "Exportpotential, wie es noch nie (bei einem Land) der Fall war", will die Nazidiktatur, sobald sie die totale Ausbeutung Europas organisieren konnte, den Kampf um die Beherrschung Afrikas und der Märkte Südamerikas und Ostasiens beginnen. Mit allen Mitteln soll dieser Kampf geführt werden. Militärmacht, Krieg soll den kapitalisti-

schen Machtzentren der Kriegsachse den Sprung über die Meere ermöglichen, ein Kontinentalkrieg, der erste Kontinentalkrieg, den die Welt gesehen, organisiert und ermöglicht durch den Schweiss und das Blut eines versklavten Kontinents.

Russland weist das Kriegszielprogramm des Hakenkreuzes die Rolle eines halbkolonialen Rohstofflieferanten zu: "Russland ist der naturgegebene Komplementär (Ergänzer) für die hochentwickelten Industriestaaten. Wir sind der Meinung, dass Russland als Lieferant in Rohstoffen und als Abnehmer von deutschen Fertigwaren in der Zukunft sich noch viel stärker entwickeln wird als bisher". Wenn Russland sich nicht mit dieser Rolle zufrieden gibt, ist für es kein Platz mehr in der nazistischen neuen Ordnung Europas. Das offene Kriegsbündnis Berlin-Tokio unterstreicht den Anspruch der Nazi-Diktatur auf Ausbeutung auch des Raumes der Sowjetunion.

Die freie Arbeiterbewegung kämpft gegen jede Art Ausbeutung. Sie ist im Kampf der Arbeitenden gegen ihre Ausbeutung durch die Beherrscher der wirtschaftlichen Machtpositionen entstanden. Sie wuchs im Kampf um die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeitenden aller Länder, Rassen und Farben. Viel haben drei Generationen freier Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen kapitalistische und imperialistische Ausbeutung errungen. Mehr noch ist zu erkämpfen. Doch jetzt will die Kriegsmacht der totalen imperialistischen Ausbeutung die freie Arbeiterbewegung in allen Kontinenten zertreten, die Arbeitenden entrechten, sie um ein Jahrhundert zurückwerfen und auf dem Rücken versklavter Millionen ein weltweites System der Herrschaft der totalen imperialistischen Ausbeutung errichten.

In diesem von der Kriegsmacht der totalen imperialistischen Ausbeutung entfesselten Kriege entscheidet sich das Schicksal der Arbeitenden aller Kontinente.

(Für die Red.: Rede Funks vor Vertretern der deutschen und ausländischen Presse vom 25.VII.40., nach dem Bericht des Deutschen Nachrichtendienstes. Ergänzend: Rede des Präsidenten des deutschen Unternehmerverbandes vor der "Deutschen Akademie". - "Faschismus", 24.VIII.40.)

Hitler organisiert die Ausbeutung Europas

Noch rücksichtslosere Ausbeutung polnischer Arbeiter

(ITF) Ein Teil der deutschen Kriegsproduktion ist in das polnische "Generalgouvernement" verlegt worden, weil die Nazis damit rechnen, dass die englische Luftflotte das Bombardieren polnischer Städte vermeiden und daher auch die Kriegsbetriebe schonen wird, in denen polnische Arbeiter für ihre Zwingherren arbeiten müssen. Aber im "Generalgouvernement" sind nicht mehr ausreichend Arbeiter für die erhöhte Kriegsproduktion zu beschaffen. Denn fast 10% der erwachsenen Bevölkerung des "Generalgouvernements" wurde zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt und in den Dörfern können kaum mehr Industriearbeiter rekrutiert werden, weil die landwirtschaftliche Erzeugung erweitert werden muss, um die notdürftige Ernährung des seiner Agrarprovinzen beraubten polnischen Restgebietes sicherzustellen und die deutschen Kriegsvorräte aufzufüllen. Die deutschen Behörden versuchen daher jetzt, mehr Arbeiterinnen in die Betriebe zu ziehen. Angelernten polnischen Arbeitern wird im "Generalgouvernement" wie Kriegsgefangenen nur 60% des niedrigen Lohnes gezahlt, mit dem sich deutsche angelernte Arbeiter durchschlagen müssen, die grosse Masse der ungelerten poln. Arbeiter erhält nur die Hälfte des niedrigen deutschen Lohnsatzes. Poln. Arbeiterinnen erhalten gerade 53% des Lohnsatzes, der für deutsche Arbeiterinnen festgesetzt wurde, gleichgültig, welche Arbeit sie leisten. Unter dem Druck des Arbeiterinnenmangels hat die deutsche Verwaltung jetzt den poln. Arbeiterinnen, die als "angelernte" qualifizierte Arbeit leisten, die Löhne um 9 Groschen die Stunde aufgebessert, angelernte poln. Arbeiterinnen erhalten jetzt "nur" noch 35% weniger Lohn als ungelernete Arbeiterinnen "deutscher Volkszugehörigkeit."

Diese im Interesse der deutschen Kriegsproduktion unumgängliche Aufbesserung eines Teils der Löhne der poln. Arbeiterinnen aber muss von den im öffentlichen Dienst beschäftigten polnischen Arbeitern bezahlt werden, einem grossen Teil der poln. Facharbeiter hat die deutsche Verwaltung zum Ausgleich die Löhne um 10% gekürzt. Nur noch diejenigen polnischen Facharbeiter, die eine nach Nazi-Begriffen ordnungsgemässe handwerkliche Lehrzeit nachweisen können, erhalten noch den Lohn eines deutschen Hilfsarbeiters. Polnische Vorhandwerker und Kolonnenführer, die keine mehrjährige handwerkliche Lehrzeit nachweisen können, erhalten

trotzdem sie vollwertige Arbeit leisten - sonst würden sie nie als Vorhandwerker beschäftigt! - noch 10% weniger als ein deutscher Hilfsarbeiter und nur 63% des Lohnes, den volksdeutsche Vorhandwerker für gleiche Arbeit erhalten.

Senkung der Angestelltengehälter - Auch die Gehälter der im öffentlichen Dienst beschäftigten polnischen Angestellten sind geändert worden. Die Verwaltung der sieben von den deutschen Truppen besetzten Länder erfordert eine so grosse Zahl Verwaltungspersonal, dass man im "Generalgouvernement", um deutsches Personal freizumachen, die mittlere und untere Verwaltung polnischen Angestellten überlassen hat. Die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten poln. Angestellten hat daher zugenommen, aber um die Verwaltungskosten trotzdem herabzusetzen, haben die Nazis die niedrigen Gehälter der grossen Masse der poln. Angestellten weiter gesenkt.

Doch sie gingen vorsichtig vor. Sie vermieden eine offene Gehaltskürzung; sie haben einfach die Gehaltsklassen auseinandergezogen, statt in vier Gehaltsklassen wird jetzt in 8 Stufen gezahlt und seit der Umstufung erhalten die meisten poln. Angestellten noch weniger Gehalt als bisher. Nur bei einer kleinen Gruppe leitender Angestellter machten die Nazis eine Ausnahme und erhöhten die Gehälter - es ist ein Korruptionsversuch. Leitende poln. Angestellte mit abgeschlossener akademischer Ausbildung erhielten bisher unterschiedslos 1/3 bis höchstens die Hälfte der deutschen Gehaltssätze. Jetzt haben die Nazis den in Kriegsbetrieben und im Verwaltungsdienst in leitenden Stellungen schwerer ersetzbaren poln. Akademikern die Bezüge um 30 - 50% aufgebessert, sie erhalten jetzt mindestens die Hälfte, einige sogar 2/3 der Gehälter, die deutschen Angestellten für gleiche Arbeit gezahlt wird. Den leichter auswechselbaren akademischen technischen Angestellten wurden die Bezüge bis zu 20% gekürzt. Auf die mittleren und unteren Angestellten glauben die Eroberer überhaupt keine Rücksicht nehmen zu müssen. Die Bezüge der mittleren Angestellten wurden bis um die Hälfte gekürzt; sie erhalten nur noch bis zu 44% der Gehälter, die deutsche Angestellte für gleiche Arbeit erhalten, die unteren Angestellten nur bis zu 40%. Ihnen wurden die niedrigen Gehälter noch um 30 - 43% gekürzt - zum Dank dafür, dass sie durch ihre Arbeit deutsche Angestellte für Hitlers Kriegsmaschine freistellen.

(Für die Red.: Während der erste Angestelltentarif, über den wir am 16. März berichteten, keine Dienstzeitzulagen vorsah, sieht der neue Tarif Anfangsgehälter vor, die in bescheidenem Masse steigen. Doch das Endgehalt der polnischen Angestellten liegt, mit Ausnahme der Spitzengruppe, in allen Fällen unter dem bisherigen Festgehalt.)

Einer von 700.000 Arbeitssklaven

(ITF) Einer der 700.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten Polen berichtet: "Ich arbeite beim Bau einer Fabrik... Ich verdiene 44 Mark monatlich, nach allen Abzügen, davon muss ich das Essen bezahlen, das kostet 1 RM täglich, das Uebrige bleibt für Tabak. Das Leben im Barackenlager sieht so aus: morgens um halb Fünf bekommt man 300 g Brot, 50 g Wurst und 30 g Margarine und damit gehe ich an die Arbeit, die um 6 Uhr beginnt. Zum Arbeitsplatz habe ich beinahe 1 1/2 Stunden Weg zu machen, um 7 Uhr abends bin ich von der Arbeit zurück, dann gibt es Mittagessen: irgendeine Brühe, sehr of ungeschälte Kartoffeln mit Kraut. Dann gehen wir schlafen im Dreck und mit Läusen, im Bett gibt es nur 3 Decken. Man ist von der Arbeit müde, möchte schlafen, meinst du, dass man kann? Ueberhaupt nicht. Fast jede Nacht, gleich wenn du eingeschlafen bist, schon schreckst du auf (- weil Flieger über dem Lager fliegen -) und dann meinst du, du bist in Warschau (- während der Belagerung -) und musst das nochmals durchmachen..."

(Für die Red.: Der Brief wurde am 19. Juli geschrieben.)

Steuerverdoppelung in Holland kundigen die Nazis an

(ITF) Der deutsche "Generalkommissar für Finanz und Wirtschaft in den Niederlanden", Dr. H. Fischboeck, macht die Holländer darauf aufmerksam, dass ihr Steuersystem in kurzer Zeit geändert werden müsse: "Die niederländische Bevölkerung wird sich stets vor Augen halten müssen, dass sie pro Kopf nur etwa halb so hoch besteuert ist wie die reichsdeutsche".

Die Nazis wollen dem abhelfen.

(Für die Red.: "Deutsche Zeitung in den Niederlanden".)

Umsatzsteuer in Holland
um die Hälfte erhöht

6%, erhöht. Einige wenige Massenverbrauchsartikel wurden von der Erhöhung ausgenommen, dafür wurden andere Waren, deren Umsatz bisher nicht besteuert werden musste, wie frische Blumen, Obst, Gemüse, Fische, Hülsenfrüchte, Bücher und Zeitschriften, in die Umsatzsteuer einbezogen.

Die Deportation
holländischer Arbeiter

noch Deutschland geht rasch weiter, die Deportationsmaschinerie hat sich eingespielt. Bis Anfang Oktober waren 50.000 holländische Arbeiter nach Deutschland verschleppt worden. In den ersten drei Oktoberwochen wurden weitere 35-40.000 holländische Arbeiter nach Deutschland transportiert. 85-90.000 holländische Arbeiter sind bisher nach Deutschland gejagt worden.

Mit holländischen Bauarbeitern ist man auf deutschen Baustellen nicht recht zufrieden. Die Nazi behaupten, dass holländische Bauarbeiter sich nicht dem deutschen Arbeitstempo einfügen. Es sollen deshalb holländische Bauunternehmen mit eigenem Personal und eigenen Werkzeugen nach Deutschland gehen und im Auftrag der Nazis die Arbeiter antreiben. Die holländischen Bauarbeiter sollen in besonderen Baracken untergebracht werden. (ITF) (Für die Red.: Radio Hilversum, 22.X.; Bauarbeiter: "Deutsche Bergwerkszeitung", 15.X.; "Faschismus", 19.X., 21.IX., besonders Norwegen-Bericht.)

30.000 Elsässer
nach Deutschland deportiert

(ITF) Im Elsass ist der Franken von den deutschen Behörden genau so niedrig bewertet worden wie im besetzten französischen Gebiet. 20 Franken musste man in Elsass zahlen, um eine Mark zu erhalten, trotzdem die Kaufkraft des Franken weit höher war. Durch diesen Umrechnungskurs sind die Ersparnisse auch des kleinen Mannes entwertet worden, die kleinen Sparer hatten deshalb den Umwechsellkurs 1:10 gefordert, der den tatsächlichen Verhältnissen weit besser entsprochen hätte. Doch durch die Unterbewertung des Franken wurde die Industrie einen Teil ihrer Schulden los und das Interesse der Industrie gab den Ausschlag.

Die Preise lebenswichtiger Waren wurden dem höheren Reichsniveau angeglichen, die Löhne, Pensionen und Sozialrenten aber wurden nicht entsprechend erhöht. Die Nazis versichern aber den Arbeitern, dass sie, wenn sie ein Fünftel länger arbeiten als bisher, genau so viel verdienen können wie die Arbeiter im Reich.

30.000 elsässische Arbeiter wurden ins Reich deportiert, um sie an deutsche Verhältnisse zu gewöhnen, vor allem Metall-, Bau-, Textilarbeiter, Hausgehilfinnen und Stenotypistinnen. Sie sollen dort deutsches Arbeitstempo und - die Gestapo kennen lernen.

Französinen
verlieren ihre Arbeit

(ITF) Die Pétain-Regierung hat die Einstellung verheirateter Frauen in öffentlichen und öffentlich subventionierten Betrieben und Verwaltungen verboten. Ausnahmsweise dürfen nur verheiratete Frauen, die sich selbst unterhalten müssen und besonders Qualifizierte, wie Lehrerinnen, eingestellt werden.

Alle in der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung tätigen verheirateten Frauen, deren Mann verdient und die für nicht mehr als 3 Kinder zu sorgen haben, werden ohne Gehalt beurlaubt; Fünfzigjährige werden zwangspensioniert. Bis Ende 1940 soll eine Grenze für die öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft beschäftigte Zahl verheirateter Frauen festgelegt werden.

Es wird erwartet, dass die Privatwirtschaft dem staatlichen Vorbild folgt.

Zollunion auf Kosten der
tschechischen Arbeiter

(ITF) Die Zollgrenzen zwischen dem Deutschen Reich und Böhmen und Mähren sind aufgehoben worden. Die tschechische Industrie muss versuchen, sich der Konkurrenz der hochrationalisierten deutschen Industrie zu erwehren. Die deutsche Presse ermuntert die tschechische Industrie, sich durch Arbeit schlecht entlohnter tschechischer Arbeiter zu behaupten. Denn "die Löhne und auch die Kaufkraft im Protektorat (Böhmen und Mähren) sind noch etwas niedriger als im Reich, was für die Protektoratswirtschaft einen Kostenvorsprung bedeutet". ("Köl-

nische Zeitung"). Dieser Kostenvorsprung hilft allerdings nicht nur den tschechischen Industriellen, sondern vor allem der deutschen Kriegsmaschine. Denn da das böhmisch-mährische Gebiet als relativ bombensicher gilt, wird in tschechischen Betrieben ein ansehnlicher Teil des deutschen Kriegsmaterials hergestellt.

Die langen Transportwege aber verteuern die Produktion, der niedrigere Lohn der tschechischen Arbeiter soll diesen Kostenunterschied ausgleichen. - (Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 11.X.40.)

Kolonie Oesterreich

(ITF) Die Art, in der die deutsche Industrie sich im Kolonialgebiet Oesterreich breitmacht, kennzeichnet eine Erklärung des deutschen Munitionsministers Todt: "Die ostmärkische Bauwirtschaft hat sich nicht in dem erhofften Umfang erholt", stellt Hitlers Munitionsminister fest. "Sie nimmt nur zu einem verhältnismässig kleinen Teil an den Bauvorhaben der Ostmark teil, während aus dem Reich grosse Unternehmergruppen in die Ostmark abgewandert sind".

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 12.X.40.)

Hitlers weisse Kulis

In ganz Deutschland erhalten jetzt alle Polen weniger Lohn

(ITF) Hitlers Arbeitsminister lässt in seinem "Reichsarbeitsblatt" mitteilen: Um die "Senkung des Lebensstandards des Polen im Vergleich zu dem

des Deutschen zu erzwingen... und damit den gebotenen (!) Abstand zwischen dem Einkommen der Polen und der Deutschen zu sichern", erhalten alle im deutschen Reichsgebiet arbeitenden Polen jetzt für gleiche Arbeit weniger Lohn als deutsche Arbeiter.

Seit Monaten wurde bereits allen in Deutschland in Industrie, Transport und Gewerbe beschäftigten polnischen Arbeitern und Angestellten auf Anordnung der Provinzialbehörden eine besondere Polen-Steuer vom Lohn abgezogen.

Jetzt hat Berlin angeordnet, dass diese Polen-Steuern vereinheitlicht werden. Im ganzen Reich müssen alle polnischen Arbeiter und Angestellten 15% ihres Verdienstes als "Sozialausgleichsabgabe" an Hitlers Kriegskasse zahlen. - Da die in der deutschen Landwirtschaft beschäftigten Polen kaum das Nötigste verdienen, mussten die Nazibehörden schweren Herzens auf Kürzung der Löhne der polnischen Landarbeiter um die "Sozialausgleichsabgabe" verzichten.

(Für die Red.: "Reichsarbeitsblatt", 24.VIII.40. S. V 407; Sozialausgleichsabgabe: Verordnungen vom 5. und 10.VIII.40. Siehe "Faschismus" vom 16.VI. und 27.VII.)

Ausbeutung der Kriegsgefangenen in Deutschland

(ITF) In der deutschen Zuckerindustrie werden neuerdings mehr Kriegsgefangene beschäftigt. Um den Unternehmern einen Anreiz zur grösstmöglichen Ausbeutung

der Kriegsgefangenen zu geben, haben sie der Militärbehörde für jeden Kriegsgefangenen nur einen Pauschalsatz von 2,50 RM per Arbeitstag zu zahlen, "unbeschadet der tatsächlichen Arbeitszeit"! Die Ueberstunden, die der Kriegsgefangene leisten muss, sind unbezahlte Arbeit für den Unternehmer. - (Für die Red.: Erlass des Reichsarbeitsministers vom 5.IX.40., Aktenzeichen III b 17169/40.)

Die Lage der Arbeiterorganisationen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten

(ITF) Die französische Gewerkschaftszentrale (Confédération Générale du Travail) wurde aufgelöst.

In ihrem Amtsblatt veröffentlichte die Pétain-Regierung ein "Gesetz über die vorläufige Organisation der Industriewirtschaft". Die Neu-Organisation beginnt mit der Auflösung der Landeszentrale der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände. "Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die in nationalem Masstab arbeitenden Zentralen der Unternehmer- und der Arbeiterorganisationen aufgelöst" bestimmt der erste Artikel. Die Ortsgruppen und die in den einzelnen Departements bestehenden Gewerkschaftskartelle (Unions départementelles) dürfen weiterarbeiten. Aber die C.G.T. ist aufgelöst und die Formulierung des Gesetzes lässt jederzeit ein Verbot aller sich über ganz Frankreich erstreckenden Gewerkschaften zu. Der Arbeits- und Wirtschaftsminister Belin erklärt in dem Bericht, den er dem "Chef des französischen Staates" Pétain vorlegte, die Auflösung der Zentralen sei

nötig gewesen, da "die Zentralen, welche die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in nationalem Masstab zusammenfassen, die Tendenz haben, ihren beruflichen Charakter zu verlieren und einen politischen Charakter anzunehmen."

Zugleich mit den Zentralen der Gewerkschaften wurden auch die Zentralen der französischen Arbeitgeberverbände aufgelöst. Der Eindruck könnte entstehen, dass Unternehmer- und Arbeiterverbände gleich scharf angepackt wurden. Aber den französischen Unternehmern wird als Ersatz für die aufgelöste Zentrale ihrer Verbände eine neue staatliche Wirtschaftsorganisation gegeben, durch die sie die staatliche Wirtschaftspolitik noch stärker beeinflussen können als bisher!

Für jeden Industriezweig wird ein besonderes Organisationskomitee eingesetzt, dem die Leitung des ganzen Wirtschaftszweiges übertragen wird. Diese Komitees regeln unter Aufsicht der Regierung die Produktion und auch den Arbeitseinsatz. Kein Arbeitervertreter sitzt in diesen Komitees. "Die Mitglieder dieser Komitees können von der Unternehmerorganisation oder Unternehmern des betreffenden Wirtschaftszweiges dem Minister vorge schlagen werden". Die Regierung ist in diesen Komitees durch einen Kommissar vertreten. Die Arbeiter sind in diesen Komitees nicht vertreten, "aus der Ueberlegung heraus, dass die interessierten Zweige der Leitung einer energischen und leistungsfähigen Instanz zu stellen sind und die Vertreter der öffentlichen Gewalt und der Unternehmer in dieser Leitung eng zusammenarbeiten sollen."

Die "Niederlage der französischen Plutokratie", von der die Nazis fabeln, brachte als ersten Schritt zu einer "neuen französischen Sozialordnung" einen Schlag gegen die Gewerkschaftsbewegung und Entrechtung der Arbeiter!

Den tschechischen Arbeitern haben die Nazis jetzt die Wahl ihrer Vertrauensmänner bis auf Weiteres verboten. Nach der Besetzung Böhmens und Mährens wurde die Neuwahl der Betriebsvertretungen um ein Jahr hinausgeschoben. Jetzt ist den Bergarbeitern mitgeteilt worden, dass sie neue Betriebsräte frühestens im Jahre 1941 wählen dürfen, allen übrigen Arbeitergruppen wurde mitgeteilt, dass die Wahl neuer Betriebsvertretungen bis auf Weiteres verboten ist.

In Norwegen haben die deutschen Behörden zwei Mal die Präsidenten der norwegischen gewerkschaftlichen Landeszentrale durch gefügigere Personen ersetzt, unmittelbar nach dem Einmarsch in Oslo und (am 25. September) nach der Auflösung aller norwegischen Parteien. Der Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder ist dadurch nicht gebrochen worden. Im "Fritt Folk", dem Organ des Quisling, der Norwegen an die Berliner Diktatur verriet, klagt jetzt ein norwegischer Nazi: "Es war gut, dass die Leitung der Gewerkschaftszentrale ausgewechselt wurde. Aber es bleibt noch viel zu tun. Wenn jemand Nazi ist, wird er auf die eine oder andere Art herausgedrängt und sicher steckt da irgendein... Gewerkschafter dahinter". Die norwegischen Gewerkschafter wollen mit den Nazis nichts zu tun haben.

Auch in Dänemark sind Nazis nicht beliebt; "dänische Nationalsozialisten werden verfolgt und boykottiert", klagt die nationalsozialistische "Nordschleswische Zeitung".

In Holland sind die Nazis genau so verhasst. "Wie stellen sich die Niederländer zu der grossen Neuordnung, die der nationale Sozialismus schafft?" fragt die "Deutsche Zeitung für die Niederlande". "Gestehen wir es offen, in ihrer Mehrheit ausgesprochen negativ, und daher anti-deutsch". Die Holländer wehren sich gegen die Nazipropaganda. "Man will sich keine Rundfunknachrichten mehr anhören", klagt das Nazi-Organ, "es müsste denn irgend eine verbotene Sendung sein, man liest keine Zeitungen mehr unter dem Vorwand 'nein, was heutzutage gesagt und geschrieben wird kann man nicht mehr glauben'".- In den Gewerkschaften hat der Nazikommissar 28 von den Arbeitern gewählte Funktionäre abgesetzt. Die "Arbeitsfront" der holländischen Nazi-Partei wurde aufgelöst und ihren Mitgliedern befohlen, den dem Nazikommissar unterstellten freien Gewerkschaften beizutreten. Diese "Arbeitsfront" hat nur verschwindend wenige Mitglieder aber immerhin genug zum Aufbau einer Organisation zur Besspitzelung der holländischen Gewerkschafter. Ein Spitzel genügt für eine Gewerkschaftsversammlung.

(Für die Red.: "Journal Officiel" 18.VIII.; Prager Verordnung vom 5.IX.; "Fritt Folk" 17.X.; "Nordschlesw. Zeitung", Apenrade, 19.X.; "Deutsche Zeitung für die Niederlande" 20.IX.40.)

Gleichgeschaltete Arbeiterbildung

(ITF) Dem holländischen Arbeiterbildungs-Institut hatte der von den deutschen Besatzungsbehörden eingesetzte Nazikommissar zunächst ausdrücklich

die Möglichkeit zum Weiterarbeiten zugesichert - wohl in der Hoffnung, dass die Träger des Instituts sich bereitwillig gleichschalten würden. Die Nazis wollen jetzt nicht noch länger vergeblich auf die Gleichschaltung der Funktionäre des Arbeiterbildungs-Instituts warten. Aber sie wollen ihr Wort auch nicht offen brechen, sie ziehen es vor, das Arbeiterbildungs-Institut abzuwürgen. Im Rahmen der gleichgeschalteten freigewerkschaftlichen Landeszentrale haben sie eine Organisation "Freude und Arbeit" eingerichtet, die nach den Methoden des deutschen "Kraft durch Freude"-Vereins unter den holländischen Arbeitern Nazi-Propaganda machen soll.

Der Name dieser Organisation weckt in Holland sehr peinliche Erinnerungen. Denn unter dem gleichen Namen hat es schon einmal einen Naziverein in Holland gegeben, sogar unter der Oberleitung des gleichen Herrn Woudenberg, der jetzt als Kommissar der Besatzungsbehörden die holländischen Gewerkschaften kommandiert. In diesem Naziverein war im Jahre 1938 die Korruption so allgemein geworden, dass die Mitglieder davon erfuhren, in den vier grössten der 10 Ortsgruppen des Vereins die Vorsitzenden plötzlich verschwinden mussten und schliesslich der ganze Verein aufgelöst werden musste.

Jetzt konnte der Verein wieder eröffnet werden, denn heute werden deutsche Zensur und deutsche Polizei das Bekanntwerden der bei Nazis üblichen Korruption erschweren.

(Für die Red.: Hilversumer Sender, 24.X.; "Faschismus", 8.VII.39.)

Italienische Seeleute

liegen mit ihren Schiffen in den Häfen Italienisch-Ostafrikas fest. Jeden Tag versichert ihnen zwar die italienische Propaganda, dass das faschistische Italien die Meere beherrscht, aber die Schiffe wagen sich nicht aus dem Hafen. Die Seeleute verdienen nichts, ihre Familien geraten in Not. Die italienische Regierung musste im 5. Kriegsmonat (am 18. Oktober) den Familien der fest-sitzenden italienischen Seeleute eine kleine Unterstützung bewilligen. (ITF)

Arbeiter gegen Nazis

Deutsche Arbeiter bummeln

(ITF) Viele Arbeiter sehen nicht ein, weshalb sie sich für Hitlers Krieg abrackern sollen, die Nazi-propaganda hat sie nicht für den Krieg der Nazis begeistern können. Sie gehen eines Tages, meist, sobald sie durch die vielen Ueberstunden auf einen Mindestverdienst gekommen sind, einfach nicht zur Arbeit, sie bummeln. Sie könnten als Saboteure wegen jeder einzelnen Bummelschicht ins Gefängnis gesperrt werden, aber die Nazidiktatur glaubt im zweiten Kriegsjahr nicht mehr recht an die erzieherische Wirkung ihrer Gefängnisse. Die vom Arbeitsministerium herausgegebene Zeitschrift "Soziales Deutschland" berichtet: "Da immer wieder Klagen laut werden, dass Gefolgschaftsmitglieder ohne genügende Entschuldigung der Arbeit fern bleiben, hat der Reichsarbeitsminister die Reichstrehänder der Arbeit (- d.h. seine Bezirksbeamten - Red.) angewiesen, zur Bekämpfung dieses Misstandes eine Anordnung zu erlassen". In drei Bezirken, in dem neuen mitteldeutschen Industriegebiet, in dem wegen seiner Chemiebetriebe wichtigen Bezirk Hessen und im schlesischen Industrieviertel haben die Bezirksbeamten des Arbeitsministeriums die Unternehmer angewiesen, allen Arbeitern, "die pflichtwidrig der Arbeit fernbleiben oder die Arbeit verweigern" (!) den Urlaub um die verbummelte Zeit zu kürzen. Für den gestrichenen Urlaubstag dürfe kein Urlaubsgeld gezahlt werden. Da in Deutschland im allgemeinen Rüstungsarbeitern sowieso kein Urlaub gewährt wird, bedeutet diese Strafe nur eine Kürzung des eines Tages fälligen Urlaubsgeldes. Auf die Arbeiter hat der Erlass offensichtlich wenig Eindruck gemacht, denn das Arbeitsministerium sah sich 2 Monate später zu schärferen Massnahmen gezwungen. Die Unternehmer müssen jetzt in die von ihnen diktierten Betriebsordnungen einen Strafparagrafen aufnehmen: jedem Arbeiter, der nicht zur Arbeit erscheint, wird am nächsten Lohnstag eine Geldstrafe abgezogen.

Wenig zeigt deutlicher als derartige Bestimmungen, dass entschlossene Gruppen deutscher Arbeiter diesen Krieg der Nazis nicht als ihren Krieg betrachten.

(Für die Red.: "Soziales Deutschland", 15.VIII.40; "Deutsche Verwaltung" nach D.N.B., 17.X.40.)

Deutsche Arbeiterinnen wollen nicht umsonst arbeiten

(ITF) Bisher haben die Nazibehörden den auf Arbeit angewiesenen Frauen deutscher Soldaten die Soldaten-"Familienunterstützung" um fast die Hälfte des Arbeitsverdienstes gekürzt. Viele Soldatenfrauen wollten nicht für halben Lohn arbeiten, sie gaben lieber die Arbeit

auf. Da die deutsche Kriegswirtschaft auf Frauenarbeit angewiesen ist, sahen sich die Nazibehörden genötigt, den Arbeiterinnen zu garantieren, dass ihnen von der "Familienunterstützung" künftig höchstens ein Drittel abgezogen werden wird.

(Für die Red.: Erlass des Reichsinnenministers vom 23.V.40.)

Flugblätter in Frankreich

(ITF) Die Polizei der Pétain-Regierung und die Gendarmerie der deutschen Besatzungsarmee verhafteten tagaus tagein Arbeiter, die in illegalen Flugblättern zum Widerstand gegen die Diktatur aufrufen.

Der Polizeipräfekt von Paris hat den Verkauf von Vervielfältigungs-papier, das für illegale Flugschriften gegen Nazis und französische Faschisten verwandt werden kann, erschwert. Derartiges Papier kann nur noch mit besonderer polizeilicher Genehmigung gekauft werden. Alle Vervielfältigungsapparate müssen angemeldet, jeder Kauf von Papier und Zubehör muss registriert werden und sobald illegale Flugblätter auftauchen, verhaftet die Polizei Geiseln.

Eine illegale Organisation in Danzig

unschädlich machten. (ITF)

haben die Nazis ausgehoben. Sie berichten, dass sie vier Danziger hinrichteten und andere Mitglieder der Organisation

Widerstand in Polen

Stummer Widerstand

(ITF) Am Jahrestag des Ueberfalls Hitlers auf Polen war in Warschau die Losung ausgegeben worden: heute geht niemand ins Kino oder in ein Lokal, von 2 bis 4 bleibt jeder im Haus, die Strassen bleiben leer. Am 31. August und am 1. September kauft man nach Möglichkeit keine von dem Eroberer in polnischer Sprache herausgegebene Zeitung. - Die Losung wurde weitgehend befolgt.

Streiks in Warschau

(ITF) In der Pumpen- und Filterstation der Warschauer Wasserwerke legte die Belegschaft die Arbeit nieder, um ihren wirtschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gegen die Arbeiter wurde Gestapo eingesetzt, die die Streiks nach einigen Stunden liquidierte. (Juli 1940.)

Jüdische Transportarbeiter verteidigen sich hinter Barrikaden

(ITF) Einige Tage vor Ostern organisierten die Nazis im Warschauer Judenviertel ein Pogrom. Das Judenviertel wurde zur Plünderung freigegeben. Autos mit deutscher Polizei und Gestapo in Zivil sorgten für "Ordnung" bei der Plünderung. Auf den Polizeiautos standen Filmoperateure und filmten das Plündern für Propagandafilms. Im Norddistrikt errichteten jüdische Transportarbeiter Barrikaden. In den Mirowskie-Hallen lagen bereits mit Stöcken oder Messern erschlagene Juden, als der Kampf der Transportarbeiter an den Barrikaden begann. Passanten ergriffen Partei. Ein katholischer Geistlicher versuchte eine Frau zu schützen - er wurde von deutschen Soldaten geschlagen. Zwei polnische Polizisten verteidigten eine Ladentür - sie wurden von Plünderern mit Steinen beworfen.

Mit diesem Widerstand hatten die Nazis nicht gerechnet. Sie fürchteten, dass aus der Abwehr ein Gegenstoss werden könnte und räumten die Strassen mit Maschinengewehren.

Eine Rundfunkstation verteidigt sich

(ITF) Im Frühjahr haben die deutschen Behörden in Warschau an der Kreuzung der Sosnowa- und Zlota-Strasse eine illegale Rundfunkstation entdeckt. Sie wollten sie ausheben, aber die Station hat sich 48 Stunden lang gewehrt, sie musste wie eine Festung belagert und Meter um Meter, Fenster um Fenster erobert werden. Die Station wehrte sich, bis alle Verteidiger getötet waren. Die Leichen wurden auf die Strasse getragen, der Besitzer des Hauses musste bei den Leichen niederknien. Er wurde mit dem Kopf solange gegen die Mauer gestossen bis er starb. - (Für die Red.: Die beiden letzten Berichte erschienen bereits in polnischer Sprache in "Polska Walczaka", dem Blatt der polnischen Armee)

Fortsetzung von S. 161

tere Profite zu machen. - Muss ich noch erwähnen, dass Roechling ein heftiger Gegner der Arbeiterbewegung ist, die Gewerkschaften bekämpfte und sich ausgiebig der Dienste von Streik rechern bediente..."

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Roechling, Kriegsgewinnler in zwei Kriegen = B.B.C.

RoechlingKriegsgewinnler in zwei Kriegen

(ITF) Die ostfranzösischen Eisenwerke wurden auf Anordnung Hitlers (vom 20. Juni 1940) der Leitung des Saarindustriellen Roechling unterstellt. Roech-

ling hat am Weltkrieg 1914-18 verdient, er verdiente gleichzeitig an der Rüstung Frankreichs und Deutschlands und Hitler macht ihn jetzt zum Kriegsgewinnler seines Krieges. Richard Crossman schilderte im B.B.C. diesen Vertrauensmann Hitlers: "Hermann Roechling ist 1872 im Saargebiet geboren. Er erbt das Familien-Stahlwerk Voelkingen im Saargebiet. Vor 1914 hatte er industrielle Interessen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland und bezog aus beiden Ländern Gewinne. Er verstärkte seine internationalen Beziehungen, als er die Tochter einer der einflussreichsten Persönlichkeiten der lothringischen Stadt Metz heiratete. Während des vorigen Krieges profitierte Roechling von der deutschen Besetzung der Industrie-Gebiete Nord-Frankreichs. Er benutzte seine amtliche Stellung dazu, die industriellen Anlagen nach Voelkingen bringen zu lassen, von denen er glaubte, dass sie ihm nützlich sein könnten. Selbstverständlich gab er vor, dass dieser Raub ein Teil des Kriegs-Einsatzes sei und dass er nur aus reiner Vaterlandsliebe handle. Roechling, der Kriegsgewinnler, zog sogar Gewinne aus Deutschlands Zusammenbruch. Als ihm im Herbst 1918 klar wurde, dass Lothringen an Frankreich zurückgegeben werden würde, liessen er und sein Bruder Werke in Lothringen zerstören, um ihre französischen Konkurrenten auszuschalten. Roechling entkam und wurde in seiner Abwesenheit von einem französischen Gericht verurteilt. Aber die internationale Finanz ist sehr mächtig. Roechlings Bruder hat nicht viel von seiner Strafe abgesessen. - Bald waren die Gebrüder Roechling wieder am Werk. Es gelang ihnen, sich, wegen der von den Franzosen über sie verhängten Gefängnis-Strafen, als Märtyrer für das deutsche Vaterland hinzustellen, während sie in Wahrheit nichts weiter getan hatten, als einen privaten Geschäfts-Konkurrenten aus dem Weg zu räumen. Durch Ausnutzung seines sogenannten Märtyrertums und der angeblich furchtbaren Leiden, die ihm die grausam barbarischen Franzosen zugefügt haben sollten, gelang es ihm, von der deutschen Regierung eine Anleihe zu erhalten. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, dass diese Anleihe nie zurückgezahlt wurde.

So stellte sich Roechling in den Nachkriegsjahren vor der Öffentlichkeit als Patriot, als Franzosenfresser hin. Hinter der Kulisse sah es aber ganz anders aus. Sehr bald stellte er die engsten Verbindungen mit den entsprechenden französischen Persönlichkeiten im Comité des Forges wieder her. Er vermied es sorgfältig, sich als Mitglied des Aufsichtsrats irgend einer grossen französischen industriellen Unternehmung wählen zu lassen, da ihm das in seiner Rolle als Nationalheld hätte schaden können. Aber wenn die grossen Holding-Gesellschaften näher betrachtet werden, die in Luxemburg eingetragen sind, und hinter denen sich die Kapitalisten der französischen und deutschen Industrie versteckten, bis sie sich offen ihrer Zusammenarbeit rühmen konnten, als Beitrag zur neuen europäischen Ordnung - dann findet man dort den Namen des Herrn Roechling zusammen mit solchen französischen Patrioten wie Mr. de Wendel. Diese internationalen Verbindungen brachten dem Roechling-Konzern grosse Gewinne. Er hatte sich stets für hochgradigen Stahl interessiert, der hauptsächlich für die Rüstungs-Fabrikation gewinnbringend verwendet werden kann...

Da das Deutschland von Weimar keine Absatzmöglichkeiten für Rüstungen bot, erhielt Roechling durch seine Beziehungen zur franz. Schwerindustrie riesige Aufträge im Zusammenhang mit dem Bau der Maginot-Linie. Aber schliesslich musste auch ein Unternehmen wie die Maginot-Linie seiner Vollendung entgegengehen und 1933 begann Roechling sich darüber Gedanken zu machen, wo er für seinen Stahl neue Märkte finden könnte. Bis zum Januar 1933 war Roechling kein Anhänger Hitlers. Ja, er war nicht einmal ein Märzgefallener, denn er verständigte sich mit Hitler erst im August 1933. Von diesem Zeitpunkt ab aber stand Roechling in der vordersten Linie der Vorkämpfer der neuen nationalsozialistischen Ordnung. Der Lohn für seine Bekehrung zur nationalsozialistischen Anschauung liess nicht lange auf sich warten. Deutschland war schon eifrig dabei, in unerhörtem Ausmasse aufzurüsten und Roechling war in der Lage, Hitler die beachtliche Erfahrung zur Verfügung zu stellen, die seine Ingenieure beim Bau der Maginot-Linie gesammelt hatten... So kam es denn, dass der deutsche Westwall von dem gleichen internationalen Kartell unter der Führung Roechlings und de Wendels gebaut wurde wie die Maginot-Linie. Im Frieden oder Krieg, unter Kaiser, unter der Republik, unter Hitler - unentwegt sind Roechling und seine Kollegen an der Arbeit, die internationale Lage für ihre eigenen Zwecke auszunutzen und private Profite zu machen. Für sie bedeutet der Nationalsozialismus nichts als ein Mittel, leichtere und unbeschränkte Fortsetzung auf S. 160 dieser Ausgabe